

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 99 (2002)
Heft: 10

Artikel: Moderner Familienpolitik zum Durchbruch verhelfen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-840359>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Moderner Familienpolitik zum Durchbruch verhelfen

Die «Perspektive Familienpolitik», ein Zusammenschluss von fünf sozial- und familienpolitischen Organisationen, hält die schweizerische Familienpolitik für «völlig ungenügend». Sie fordert konkret eine Bundeslösung für Familienzulagen, Ergänzungsleistungen für Familien in der ganzen Schweiz, eine schnelle Verwirklichung der Mutterschaftsversicherung (im Sinne der parlamentarischen Initiative Triponez) sowie eine Reform der Familienbesteuerung (und zwar das Modell Familiensplitting). In der «Perspektive Familienpolitik» arbeiten zusammen: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS), Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF), Pro Familia, pro juventute und Städteinitiative «Ja zur sozialen Sicherung». Laut einer Medien-

mitteilung sind sie der Auffassung, «dass Familienpolitik eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe ist». Sie treten deshalb ein «für eine neue Familienpolitik und wirksame Reformen des Familienlasten- bzw. Familienleistungsausgleichs». Neben den oben erwähnten familienpolitischen Forderungen verlangt die «Perspektive» weitere Massnahmen, insbesondere für eine bessere Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit. So hat sie sich namentlich für die – vom Parlament inzwischen beschlossene – «Anstossfinanzierung für familienergänzende Betreuungsplätze» eingesetzt. Die fünf Organisationen wollen «mit vereinten Kräften einer zukunftsfähigen, modernen Familienpolitik auf Bundesebene zum Durchbruch verhelfen».

pd/gem

SODK: Kantone sollen zu Familienpolitik Stellung nehmen

Die Konferenz der kantonalen SozialdirektorInnen (SODK) will ihr Grundsatzdokument zur Familienpolitik den Kantonen zur Stellungnahme vorlegen. Dies wurde laut einer Pressemitteilung an der Jahresversammlung vom 19./20. September in Basel beschlossen. Die Vernehmlassung umfasst insbesondere Fragen nach der gewünschten Aufgabenteilung zwischen Bund und den Kantonen im Bereich der Familienpolitik, nach der Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien mit ungenügendem Einkommen sowie Fragen nach einem langfristigen Engagement des Bundes in der

Finanzierung von Kinderbetreuungsplätzen. Ziel ist es laut SODK, aufgrund der Antworten «die Stossrichtung der Massnahmen zugunsten der Familien in den Kantonen» in den nächsten Monaten «genauer zu bestimmen». Nach der Pressekonzferenz in Basel vermeldete die sda Kritik der SODK am Modell der Anschubfinanzierung des Bundes für familienergänzende Kinderbetreuungsangebote: Zwar sei es erfreulich, dass sich auf diesem Gebiet etwas bewege, problematisch sei aber für die Kantone, dass sie die Folgekosten zu übernehmen hätten. «Der Bund sollte hier mehr leisten als